

Justiz | Zermatter Schafzüchter wegen Tierquälerei verurteilt

Murmeltiere systematisch mit Feldmauspatronen vergiftet

ZERMATT | Weil Murmel-tiere auf Wiesen von Schafzüchtern in Zermatt seit Jahren Schäden anrichteten, griffen diese zur Selbstjustiz und töteten die Tiere mit Giftgas. Nun sind sie von den Strafbehörden deswegen gebüsst worden.

NORBERT ZENGAFFINEN

Den Fall publik machte die «Rhonezeitung» in ihrer Ausgabe vom 16. Juni 2017. In Findeln, einem Weiler oberhalb von Zermatt, beobachteten Touristen, dass Bauern Murmeltierbauten ausräucherten und die Eingänge zu den Erdlöchern anschliessend zuschütteten. Ihre Beobachtungen meldeten sie dem WWF, der sie an den zuständigen Wildhüter weiterleitete. Die Walliser Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere erstattete nach weiteren Abklärungen im Fall schliesslich Anzeige gegen zwei Schafzüchter wegen illegaler Selbstjustiz.



Putzig. «Wo Murmeltiere Schäden an Kulturland anrichten, ist der Kanton bereit, Regulationen vorzunehmen», sagt Jagdchef Peter Scheibler.

FOTO KEYSTONE

Der Griff zu Giftgas

Nicht zu Unrecht, wie sich nun zeigt. Nach den polizeilichen Ermittlungen hat die Staatsanwaltschaft Oberwallis mit Strafbefehl von Mitte September zwei Schafzüchter aus Zermatt wegen Widerhandlungen gegen das Jagdgesetz sowie der Tierquälerei schuldig gesprochen. Den beiden Bauern, die in Findeln mehrere Parzellen bewirtschaften, fügten die Murmeltiere über Jahre Schäden an ihren Wiesen zu. Durch die Erd-

haufen vor den Murmeltierbauten sowie die Erdlöcher stieg die Gefahr für Unfälle von Personen und landwirtschaftlichen Maschinen.

Am 30. Mai 2017 griffen die Landwirte schliesslich zur Selbstjustiz. Sie zündeten auf einer ihrer Wiesen in neun Murmeltierbauten Feldmauspatronen. Damit die Murmeltiere nicht aus ihren Höhlen entweichen konnten, schütteten sie die Ausgänge jeweils mit Erde

zu. Entzündete Feldmauspatronen erzeugen ein für Nagetiere giftiges Gas. Weil es schwerer ist als Luft, dringt es bis zu den hintersten Gängen von Bauten vor und tötet die Murmeltiere.

Ein Vorgehen, das nun von der Staatsanwaltschaft mit einem Strafbefehl quittiert wurde. Die beiden Männer sind mit auf zwei Jahre bedingten Geldstrafen von über 3000 Franken bestraft worden. Überdies müssen sie Bussen von 900 Franken

sowie die Verfahrenskosten von 700 Franken bezahlen.

«Selbstjustiz wird nicht toleriert»

Bleibt anzumerken, dass die Murmeltier-Kolonie in Findeln in der Zwischenzeit vom zuständigen Wildhüter um einige Tiere dezimiert wurde, wie Peter Scheibler, Chef der Walliser Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere, auf Anfrage des «Walliser Boten» erklärt. Zu-

dem könnte die Kolonie auch durch Jäger während der Hochjagd reguliert werden. Immerhin kann jeder Patentjäger ein Kontingent von fünf Murmeltieren schießen. Allerdings sei das Interesse der Jägerschaft an Murmeltieren in den zurückliegenden Jahren stark geschwunden. Was mit ein Grund sein könnte, dass sich lokal zu grosse Kolonien entwickelten.

«Keineswegs toleriert werden kann eine Selbstjustiz ge-

schädigter Bauern, eine Regulation kann nur von Jagdbehörden angeordnet und durchgeführt werden.» Angedacht sei aber seitens der kantonalen Jagdverwaltung, dass im kommenden Jahr die Regulation übergrosser Murmeltierkolonien an einzelne Jäger ausserhalb der Jagdzeit übertragen werde. «Dazu braucht es aber das Einverständnis der Jagdbehörden in Bundesbern», so Scheibler.

Referendum | Katalonien will am Sonntag über seine Unabhängigkeit abstimmen

Walliser Nationalräte setzen sich für Katalanen ein

SPANIEN / WALLIS | Die spanische Regierung hat in den vergangenen Tagen Post aus der Schweiz erhalten. Mehrere Parlamentarier, darunter auch drei Walliser Nationalräte, fordern sie in einem offenen Brief dazu auf, den Referendums-Wunsch in Katalonien zu respektieren.

PHILIPP MOOSER

In Spanien hängt der Hausgegen schief. Seit Jahren wird in Katalonien anhaltend über eine Lösung vom Mutterland diskutiert. Anfang September ebnete das Parlament der autonomen Region nun mit einem Referendumsgesetz den Weg für eine Volksabstimmung. An diesem Sonntag soll ein Unabhängigkeitsreferendum durchgeführt werden. Und das, obwohl die spanische Justiz die Abstimmung untersagt und Ministerpräsident Mariano Rajoy sie als illegal bezeichnet hat.

Addor, Buttet und Reynard

Die Polizei ist angehalten worden, gegen jegliche Aktionen in Zusammenhang mit dem Referendum vorzugehen. Inzwischen wurden fast zehn Millionen Stimmzettel beschlagnahmt und mehrere Personen festge-

nommen, darunter ranghohe Mitglieder der katalanischen Regierung. Zudem mussten Bürgermeister von mit der Unabhängigkeit sympathisierenden Gemeinden vor der Staatsanwaltschaft antraten. Gut möglich, dass die spanische Regierung am Wochenende zum endgültigen Schlag ausholt und die Urnen einziehen lässt.



«Das ist gegen unser Demokratieverständnis und schockiert uns»

SP-Nationalrat Mathias Reynard

Die Katalonienfrage wird nicht nur in Spanien mit Argusaugen beobachtet. Aus der Schweiz richtete diese Woche etwa eine parlamentarische Gruppe einen Brief an die spanische Regierung. Unterzeichnet wurde er von

zwölf Politikern aus allen Lagern, darunter die drei Walliser Nationalräte Yannick Buttet (CVP), Jean-Luc Addor (SVP) und Mathias Reynard (SP). Sie rufen die spanische Regierung dazu auf, den Willen der Katalanen zu respektieren und den Dialog zu suchen. «Dass die Regierung keine Abstimmung ermöglichen will, führt zu Problemen. Das ist gegen unser Demokratieverständnis und schockiert uns», sagt Mathias Reynard auf Anfrage. «Wir sind nicht für die Katalanen oder dagegen», erklärt er die Hintergründe. Es gehe in erster Linie darum, die Rechte der Bevölkerung sicherzustellen. Auch Parlamentarier aus anderen Ländern hätten deshalb Briefe an die spanische Zentralregierung geschickt, so beispielsweise aus Dänemark oder Estland. Dass sich eine Gruppe Schweizer Parlamentarier brieflich im Ausland zu Wort meldet, ist laut Reynard zudem keine Besonderheit oder Neuheit. Der SP-Politiker sieht darin auch keine Verletzung des Neutralitätsgedankens. «Das ist etwas anderes, als wenn der Bundesrat im Ausland interveniert», betont er.

Keine Signalwirkung für andere Regionen

Die Unabhängigkeitsbestrebungen bewegen Reynard persön-

lich bereits seit mehreren Jahren. «Ich habe auch viele Freunde in Katalonien», sagt er. Bereits im September 2015 reichte der Walliser deshalb eine Interpellation im Nationalrat ein, mit der Frage, ob die Schweiz als Vermittlerin zwischen Madrid und Barcelona aktiv werden könnte. In seiner Antwort erklärte der Bundesrat daraufhin, dass es sich um eine innenpolitische Angelegenheit Spaniens handle und man nur auf expliziten Wunsch aller Parteien Vermittlungsbemühungen aufnehmen könne. Bei der viel beachteten Abstimmung vom Wochenende hegt Reynard aufgrund der Ausgangslage Bedenken. «Ich glaube, dass viele nicht werden wählen können. Aber ohne Diskussion, ohne Abstimmung kann keine Lösung gefunden werden.» Sollte sich künftig trotz aller Widrigkeiten eine Unabhängigkeit Kataloniens abzeichnen, sieht er in der Abspaltung keine Signalwirkung für andere europäische Länder oder gar Regionen in der Schweiz. Im Jura oder in Schottland habe die Bevölkerung unlängst ihre Meinung sagen können. «Da gehen immer sehr lange Diskussionen voraus. Am Ende kann die Bevölkerung abstimmen und fertig.»

Mehr zum Thema Seiten 22/23



Bedenken. «Viele werden nicht wählen können», ist der Walliser SP-Nationalrat Mathias Reynard überzeugt.

FOTO KEYSTONE